

Homburger Neueste Nachrichten

Anzeiger für Bad Homburg v. d. H. und Umgebung.

Bezugspreis: Monatsabonnement A. M. 1,75 einschließlich
Trägerlohn. Erscheint täglich werktags. — Verantwortliche
Redaktion, Druck u. Verlag Kurt Löffke, Bad Homburg v. d. H.

Saunus-Post - Homburger Lokalblatt

Anzeigenpreise: Die sechsgepaltene 43 mm breite Nonpareil-
zeile kostet 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig, im Reklameteil
92 mm breit 50 Pfennig. — Die Einzelnummer 10 Pfennig.

Telefon: 707. — Geschäftsstelle und Redaktion: Luisenstraße 26. — Postcheckkonto Frankfurt a. M. Nr. 26293.

Nummer 65

Freitag, den 18. März 1927

2. Jahrgang

Neues vom Tage.

— Nach einer Meldung aus Berlin hat Reichsaussenminister Dr. Stresemann Besprechungen mit dem russischen Volschaster, dem Volschaster Italiens und dem polnischen Gesandten gehabt. In Berliner diplomatischen Kreisen soll man insbesondere den Unterredungen mit dem russischen und dem italienischen Volschaster eine über die normalen Empfänge hinausgehende Bedeutung beimessen.

— Die für den Montag in Aussicht genommene Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes im Plenum scheint für diesen Tag im Plenum wieder zweifelhaft geworden zu sein, falls der Außenminister anderweitig in Anspruch genommen sein sollte. In diesem Falle würde voraussichtlich der Postetat am Montag beraten werden.

— Infolge der Auflösung der völkischen Reichstagsfraktion verfügen in mehreren Reichstagsausschüssen, in denen bisher das Verhältnis der Regierungsparteien zur Opposition 14:14 betrug, nunmehr die Regierungsparteien über 15 und die Opposition über 13 Stimmen.

— Der „Matin“ glaubt zu wissen, daß eine Reise Tschischers nach dem Süden Frankreichs beschlossene Sache sei und baldigst ausgeführt werde. Tschischerin werde in Paris Aufenthalt nehmen und, wie der „Petit Parisien“ annimmt, auch eine Unterredung mit Briand haben.

— In einer Entschlebung, die der konservative Morrison bei im englischen Unterhaus eingebracht hat, wird auf die glatte und rasche Abwicklung der Transporte der für China bestimmten Truppen nach Schanghai hingewiesen und ausgesprochen, daß das Unterhaus die Vorkehrungen der Regierung billige und sie zu der Ergreifung der zum Schutz des Lebens der britischen Staatsangehörigen nötigen Maßnahmen beglückwünscht.

Von Woche zu Woche.

Von Argus.

Die Natur liebt es mitunter, ein charakteristisches Außenbild für die Politik zu geben. Auch bei den Beschlüssen in Genf, die gewissermaßen ein Stück Reis in der Frühlingsnacht darstellen, ist das geschehen. Während der deutsche Reichsaussenminister Stresemann seinem französischen Kollegen Briand seinen Standpunkt klar machte, gab es in der Natur Kälte und Schneegestöber, ein Gegenstück zu der Abkühlung im Völkerbündel. Erst rechtlich liegen die Dinge nicht so tragisch, wie sie manchem Beobachter erscheinen mochten, und es ist anzunehmen, daß, wenn diesmal die Meinungen von Briand und Stresemann auseinandergingen, sich die beiden Staatsmänner bei nächster Gelegenheit wieder besser verstehen werden. Die Hauptsache ist, daß diesmal infolge richtiger Einsicht von beiden Seiten in zwölf Stunden einer Zuspitzung der Meinungsverschiedenheit zu einem Konflikt vorgebeugt worden ist.

In seiner Eigenschaft als Präsident des Völkerbundes hatte Dr. Stresemann der Körperschaft seinen Dank und seine Anerkennung für die von ihm geleistete praktische Arbeit in finanziellen Fragen für Danzig und anderen Staaten ausgesprochen, und der Schluß der Verhandlungen schien ebenso harmonisch verlaufen zu sollen, aber dann kam es in den Saalfragen zu dem oben erwähnten Zusammenstoß. Stresemann bestand darauf, daß Deutschland die Freigabe des Saargebietes zu verlangen habe, während Briand im Interesse der Sicherheit im Saarrevier die deutschen Forderungen ablehnte. Beide Minister traten in ausführlichen Reden und unter lebhafter Spannung aller Anwesenden einander entgegen. Die Einigung erfolgte schließlich dahin, daß binnen drei Monaten eine Bahnwache für die Saarbahnen eingerichtet wird und daß dann die etwa 3000 Mann zählende französische Besatzung das Saargebiet verlassen soll. Die Bahnwache untersteht allein der Saarregierung, sie ist 800 Mann stark und kann ohne Anfrage in Genf von der Saarregierung vermindert werden, wenn diese es für angemessen hält. Dr. Stresemann hatte nur eine Bahnwache von 300 Mann bewilligen wollen, war aber nicht damit durchgedrungen. Chamberlain hatte sich auf die Seite Frankreichs gestellt. Ueber die Räumung des Rheinlandes ist für diesmal nicht verhandelt worden, es wird aber nicht bezweifelt, daß Dr. Stresemann in absehbarer Zeit einen entsprechenden Antrag stellen, und daß dieser Annahme finden wird. Ein Antrag über die Minderheitsschulen in Oberschlesien wurde vorwiegend im deutschen Sinne angenommen. Damit war die Frühlingsession des Genfer Rates zu Ende, über die der Reichsaussenminister nach seiner Rückkehr nach Berlin dann sofort dem Reichspräsidenten und der Reichsregierung Bericht erstattete. Die gefassten Beschlüsse wurden einstimmig gutgeheißen, doch wird es im Reichstage wohl eine lebhafteste Debatte darüber geben, die zum Beginn der nächsten Woche stattfinden wird. Vorher hatte der Auswärtige Ausschuss des Reichstages Dr. Stresemann gehört. Am gleichen Tage hatte in Paris Briand dem Ministerrat über seine Genfer Ergebnisse berichtet und dort gleichfalls Zustimmung gefunden. Poincaré hatte im französischen Senat eine ausführliche Rede über das Gelingen seiner Finanzpolitik und über die Wirtschaftslage gehalten und großen Beifall gefunden.

Der Reichstag hat die Beratung des Etats fortgesetzt, bei dem es zu einer Aussprache über Wohnungsfragen kam, für die ein Schiedsgericht eingesetzt werden soll, wenn es sich um Streitigkeiten über die Mietpreise handelt. Auch sollen Maßnahmen gegen den Mietwucher ergriffen werden. Weiter wurde der Wirtschaftsetat und der finanzielle Ausgleich zwischen dem Reich und den Einzelstaaten, für den ein Kompromiß erzielt ist, beraten. Zum Ausgang dieser Woche wird das neue Aufwertungsgezet an den Reichstag gelangen.

Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen haben einen günstigen Fortgang genommen, da Frankreich nicht unwesentliche Konzessionen gemacht hat. Dafür verlangt es freilich Gegenleistungen in der Weineinfuhr nach Deutschland, die noch Schwierigkeiten bereiten werden. Man erwartet indessen schließlich doch noch eine Verständigung, so daß wenigstens der provisorische Vertrag verlängert werden kann.

Ernstes Finanzlage im Reich.

Ausgaben ohne Deckung.

Im Reichstag fanden zwischen dem Reichskanzler und Reichsfinanzminister sowie Vertretern der Regierungsparteien Besprechungen über die Finanz- und Staatslage statt. Es handelt sich nicht um eine außerordentliche Beratung, sondern um eine solche, wie sie regelmäßig gegen Abschluß der zweiten Etatsberatung stattzufinden pflegt.

Durch die bisherigen Beschlüsse und durch die der Ausschüsse würden etwa 750 Millionen Mark Mehrausgaben entstehen; darunter sind jedoch 250 Millionen, die von dem vorigen Finanzminister für die unterstützende Erwerbslosenfürsorge zugesagt worden sind, für die aber keine Deckung vorhanden ist. Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt. Die Besprechungen werden noch fortgesetzt werden und erst vor Abschluß der dritten Etatsberatung zur Entscheidung führen.

Ueber diese Besprechung des Interfraktionellen Ausschusses der Regierungsparteien teilt die „Tägliche Rundschau“ noch mit, daß bei der Beratung die Notwendigkeit betont wurde, nur das Allernotwendigste an Mehrausgaben zu bewilligen. Mit dem Ueberschuß aus dem Jahre 1926 von vielleicht 200 Millionen Mark allein seien die Mehrforderungen nicht auszugleichen. Entschliche man sich nicht zu ganz erheblichen Einsparungen der geplanten Ausgaben, so müßten die Mittel auf andere Weise aufgebracht werden. Wenn von einer Erhöhung der Umsatzsteuer um ein Viertel Prozent gesprochen werde, so handle es sich dabei sicher nicht um einen ernst zu nehmenden Vorschlag, sondern nur um einen in die Debatte geworfenen Gedanken. Es werde auch davon gesprochen, daß die Reichspost statt der bisherigen 70 Millionen dem Reiche künftig 200 Millionen Mark zur Verfügung stellen solle, wobei man davon ausgehe, daß die Postverwaltung die Mehrausgabe durch eine Erhöhung der Portotarife wieder wettmachen könne.

Um die Freiheit der Luft.

Die Rüstungsausgaben.

Der wirtschaftliche Unterausschuß des vorbereitenden Abrüstungsausschusses in Genf hat unter dem Vorsitz von Weberka (Tschschoslowski) den in Brüssel ausgearbeiteten Bericht über die Zivilluftfahrt, der sich gegen jede Einschränkung des Baues von Verkehrsflugzeugen ausspricht, unverändert dem vorbereitenden Ausschuss überwiesen.

Im Unterausschuß, in dem Deutschland durch Geheimrat Trautmann vertreten ist, liegt ferner ein Bericht des von ihm eingesetzten Komitees über das Ergebnis der Vorarbeiten zur Schaffung eines allgemein gültigen Budgetmusters für die Ausgaben zur Nationalverteidigung vor. Dieses Schema soll nicht dazu dienen, die Rüstungen der einzelnen Staaten untereinander zu vergleichen, sondern nur als Vergleichsmaßstab für die Entwicklung des Rüstungsstandes in den einzelnen Staaten dienen.

Eine Erklärung des italienischen Sachverständigen wendet sich gegen dieses Muster Schema und spricht die Hoffnung aus, daß die noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten durch die Beschlüsse des vorbereitenden Ausschusses abgestellt werden können.

Eine Wirtschaftstagung des Zentrums.

Die Arbeitslosenversicherung.

Der Industrie- und Handelsbeirat der Zentrumspartei hielt in Berlin seine zweite Tagung ab. Beinhalt begrüßt wurden von der Versammlung die Mitglieder des Wirtschaftsbeirats der Bayerischen Volkspartei, die diesmal an der Tagung teilnahmen. Reichsarbeitsminister Dr. Braun hielt ein Referat über die Entwicklungstendenzen der deutschen Sozialpolitik. Er bezeichnete als nächstes Ziel der Sozialpolitik die Verabschiedung des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung. Irrig sei die Ansicht, daß durch dieses Gesetz die Kosten der Arbeitslosenfürsorge herabgesetzt würden. Ein Hauptunterschied aber liege gegenüber dem bisherigen System darin, daß mit dem Inkrafttreten der Arbeitslosenversicherung eine geordnete Selbstverwaltung unter Verantwortlichkeit der Beteiligten eintritt.

Amerika verlangt Bezahlung. Keine Streichung der Kriegsschulden.

In einem Brief an den Rektor der Princeton-Universität führt Schatzsekretär Mellon aus:

Eine Nation, die ihre eigenen gerechten Forderungen preisgibt, verdient schwerlich die Achtung anderer Länder. Die Annullierung der Schulden würde nicht von selbst das Unbeliebtheit ein Ende machen, die den Vereinigten Staaten gegenüber in Europa besteht. Mellon betont, die fremden Ländern geleisteten Vorschüsse seien unrettunglos Darlehen und nicht Beiträge für die Alliierten. Während die Alliierten ihre Lieferungen in Amerika auf Kredit kauften, hätten die Vereinigten Staaten ihre Lieferungen von Frankreich und dem britischen Reich für Hunderte von Millionen bar bezahlt.

Am Schluß seines Briefes wendet sich Mellon gegen die Behauptungen, daß die Bedingungen der Schuldenregelungen befreundeten Ländern auf zwei Generationen eine ungeheure Steuerlast auferlege. Die an die Vereinigten Staaten bezahlten Summen würden durch die Zahlungen, die die Mächte von Deutschland eintreiben, mehr als gedeckt werden.

Reuter bemerkt zu dieser Erklärung: Man ist im britischen Schatzamt der Ansicht, daß damit die Frage der Haltung der amerikanischen Regierung bezüglich eines Abwehrens von ihrer Schuldenfundierungspolitik endgültig erledigt ist.

Die Seeabrüstung.

Aus der amerikanischen Denkschrift.

Das Staatsdepartement veröffentlicht den Text der amerikanischen Denkschrift an die italienische und französische Regierung als Antwort auf ihre Einwände gegen die Seeabrüstungskonferenz.

Darin wird einleitend erklärt, die Anregung der Vereinigten Staaten werde keineswegs die Arbeiten des Genfer vorbereitenden Abrüstungsausschusses stören. Der amerikanische Vorschlag sei im Gegenteil geeignet, die Aufgaben der genannten Körperschaft zu erleichtern. Von diesen Erwägungen ausgehend, hätten die Vereinigten Staaten, England und Japan beschlossen, den Grund für eine weitere Seeabrüstung zu klären, und die Veranstalter hofften, daß auch Frankreich und Italien sich bei diesen Beratungen betreten lassen würden. Amerika käme zu dieser Konferenz mit keinen vorgefassten Meinungen über die Beschränkung der französischen und italienischen Tonnage auf eine bestimmte Zahl. Jede der an der neuen Seeabrüstungskonferenz teilnehmenden Mächte würde selbstverständlich berechtigt sein, die ihm von seinen berechtigten Interessen gebotene Stellung einzunehmen. Abschließend versichert die Regierung der Vereinigten Staaten, daß die Zustimmung Frankreichs oder Italiens zu einer weiteren teilweisen Beschränkung der Seeabrüstungen, sie nicht der Gefahr einer übermächtigen Flotte eines Staates, der dem Abkommen nicht beigetreten sei, aussetzen würde. Sollte die Sicherheit eines der Signatarmächte eines neuen Abkommens durch das Flottenprogramm eines nicht dem Abkommen angeschlossenen Landes bedroht werden, so würde eine Revision der Bestimmungen eintreten.

Politische Tageschau.

— Die Reichstagsferien im Sommer. Der Reichstag beabsichtigt am 8. April in die Osterferien zu gehen und am 2. oder 3. Mai die Beratungen wieder aufzunehmen. Da am 22. Mai die Sozialdemokratische Partei ihren Parteitag in Kiel beginnt, wird der Reichstag zu diesem Zeitpunkt seine Beratungen abbrechen müssen. Meldungen, daß der Reichstag dann schon bis zum November in die Sommerferien geht, sind nach Auskunft parlamentarischer Kreise verfrüht, da wegen der noch schwebenden Verhandlungen über verschiedene komplizierte Gesetzesmaterien nicht abzusehen ist, welche Gesetze noch vor den Sommerferien erledigt werden müssen. Wenn auch eine längere Sommerpause für nicht unwahrscheinlich gehalten wird, so wird doch in maßgebenden Kreisen mit einer Juni-Tagung von ungefähr drei Wochen gerechnet.

— Grzesinski verurteilt den Schraderverband. Der preussische Minister des Innern hat dem Verband Preussischer Polizeibeamten (Schraderverband) eine Verfügung zugehen lassen, in der es heißt: „Die Agitation gegen den Entwurf des vom Staatsministerium beschlossenen Polizeibeamtengesetzes hat Formen angenommen, die ich im Interesse des Ansehens der Polizei und der Disziplin der Polizei nicht unüberdacht hinnehmen kann. Diese Vertretung berechtigter Interessen darf nicht dazu führen, daß jede Disziplin und jedes Vertrauensverhältnis zwischen der Beamtenschaft und ihrem vorgeordneten Minister ernstlich erschüttert wird. Sollten für die Agitation nicht Formen gefunden werden, die völlig sachlich sind, so wird mich die Rücksicht auf die gesamte Polizeibeamtenschaft dazu zwingen müssen, die Zusammenarbeit mit den betreffenden Persönlichkeiten und Verbänden solange einzustellen, bis die Gewähr für ein anderes Verhalten gegeben ist.“

Deutscher Reichstag.

Berlin, 17. März.

Ein Gesetzentwurf über die Vergütung auf gewährte Hypotheken und ihre Umwandlung in Grundschulden wird dem Reichstagsausschuß überwiesen.

Die zweite Sitzung des Ausschusses des Reichsmint. Petitions für Landwirtschaft und Landwirtschaft ist fortgesetzt.

Hg. Demeter (Dnt.) fordert ein Pflanzenenschutzgesetz, um die Einfuhr von gefährlichen Pflanzenschädlingen aus dem Ausland zu verhindern. Ferner tritt der Redner für die Denkmalschutzgesetzgebung ein. Im Jahre 1886 wurden vier im Gesamtwert von 284 Millionen aus dem Ausland eingeführt.

Hg. Schmidt (Dnt.) beschließt den Antrag zur Förderung der Fischerei. Die bisherigen Erfahrungen des Auslands mit dem Fischereiverfahren seien nicht ausreichend.

Hg. Bornfeld-Stimmann (Dnt.) spricht die Schuldenlast der Landwirtschaft und den schlechten Zustand der Gebäude, die er auf die Feuerliche Nebenschulden zurückführt. Zwischen kleinen und großen Bauernhöfen dürfe man keinen Unterschied ziehen. Die Bauernverbände müsse werden und die Dörfer gefördert werden. Besonders dürfe man für Wein keine Zugeständnisse machen.

Hg. Jensen (D. Sp.) glaubt, daß mit Krediten allein dem Hungerkampf nicht zu helfen sei. Man müsse ihm auskömmliche Arbeit für seine Produkte verschaffen. Die größte Sorge der Arbeiter sei die angebotene Arbeit der Regierung, Frankreich im protestantischen Handelsverkommen die Weineinfuhr nach Deutschland zu erleichtern.

Hg. Frau Wende (D. Sp.) bezieht die Bestrebungen zur Förderung der Wirtschaft.

Hg. Bus (Dnt.): Man sehe, daß die Bauernschaft immer mehr vom Landbau losreißt. Der Redner sucht nachzuweisen, daß die Bauern heute weniger als der Großgrundbesitzer zu verdienen.

Hg. Stollen (Dnt.) weist darauf hin, daß der Ausschuß die Aufhebung des Fischdampfers einstimmig beschlossen habe, und daß erst nachher gewisse Interessenten ihn abgelehnt hätten, falls er nicht ihnen selbst übergeben werde.

Hg. Meyer-Gannover (Dnt.-Hann.) fürchtet, daß die hessische Zoll- und Handelspolitik die Schweinezucht ruiniere, die gerade die württembergische und kleine Landwirtschaft angehe. Die Zuerstschätzung dürfe nicht zu spät kommen.

Reichsernährungsminister Schiele

Wann Mensch das Wort zur Beantwortung der sozialdemokratischen und kommunistischen Interpellationen über die Frage der Roggenverwertung. Nach der Vorabstimmung des Deutschen Landwirtschaftsrates standen am 15. Dezember 1926 noch 22 Prozent der gesamten Ernte an Roggen zum Verkauf zur Verfügung. Wollte man davon aus, daß in diesem Jahre von der gesamten Roggenmenge etwa 40 Prozent, höchstens 45 Prozent, zum Verkauf kommen werden, so würden diese 22 Prozent der Gesamtmenge etwa 50 Prozent der Gesamtverkaufsmenge ausmachen, das entspricht fast genau den Vorkriegsverhältnissen. Der Schluß ist nicht gerechtfertigt, daß die Roggenverwertung Deutschlands für den Rest des Wirtschaftsjahres nicht mehr sichergestellt ist, oder daß man gar in kurzer Zeit eine Roggennot erwarten müsse. Die Roggenpreise im laufenden Jahre waren zwar umgekehrt höher als die stark gestiegenen Preise des Vorjahres, sind aber im Durchschnitt nicht höher als diejenigen des Wirtschaftsjahres 1925/26.

Nach einer weiteren unerheblichen Debatte wird der Rest des Haushaltses angenommen und es folgt die zweite Beratung des Etats des Reichsinnenministeriums.

Reichsinnenminister v. Reubell

Ich habe die Beratung ein mit einem Hinweis auf die Festigung unseres Staatswesens. Seine Aufgabe sehe er darin, unter Verwendung jeder Schwächung des Vaterlandes für dessen weiteren Aufstieg zu wirken. Die Verunglimpfung vergangener Zeiten dient auch zur Verächtlichmachung der des Reichs im Ausland und führt viele ab, die bisher schon dem Vaterland in seiner neuen Form ehrlich gedient haben und auch erneut dienen wollen. Andererseits ist es eine Tatsache, daß die Symbole des neuen Staates, die Symbole eines großen Volkes, unseres Volkes geworden sind. Die Stellung des Ministers ist durch eine Reihe von Erklärungen festgelegt.

Die Möglichkeit sozialer Erweichungen auf unser Völkchen kann man heraussuchen. Immerhin besteht ein Unterschied.

Der Sternkrug.

29] Kriminal-Novelle von Adolf Streckfuß.

Deutscher Provinz-Verlag, Berlin W. 66. 1926.

Herr von Helwald, der den Handlungsreisenden weder besonders freundlich, noch zuvorkommend begrüßt hatte, nahm den Brief; er flog das kurze Schreiben flüchtig durch, es lautete:

„Mein lieber Helwald!

Herr Cornelius Steinert, ein Geschäftsreisender für das große Haus W. Oldcott u. Co., wird mir von einem intimen Freunde als ein höchst gebildeter, lebenswürdiger Mann von vortrefflichem Charakter dringend empfohlen. Er wird sich, um Geschäftsverbindungen für sein Haus anzuknüpfen, längere Zeit in Deiner Gegend aufhalten; wie ich höre, soll er auch verschiedene Güter besichtigen, da das Haus W. Oldcott u. Co. sich dort großen Grundbesitz anzukaufen gedenkt; beiläufig gesagt, man spricht hier vom Bau einer Zweigbahn von W. nach W., welche die Döbelsche durchschneiden soll. Vielleicht kannst Du selbst, wenn Du verfahren willst, ein gutes Geschäft mit Herrn Steinert machen, jedenfalls aber würdest Du mich verbinden, wenn Du ihn freundlich aufnimmst und ihm mit Rat und Tat zur Seite stehen wolltest. In alter Freundschaft

H. von Soltan.

„Sie sind mit meinem alten Freunde Soltan bekannt, Herr Steinert?“ fragte Herr von Helwald, der nach Durchsicht des Empfehlungsbriefes sehr freundlich geworden war.

„Nicht persönlich; aber ihm von lieber Seite empfohlen.“

„Nun, jedenfalls bringen Sie mir seine Empfehlung, und dies ist mir genügend. Soltan ist mein alter Freund, wen er empfiehlt, der verdient es sicher. Sie sind mir willkommen, Herr Steinert. Sie sind heute und hoffentlich noch häufig mein Gast. Ich lerne, daß das Mittagessen bald fertig ist und

Wohnungsfrage

Die Wohnungsfrage stellt sich nach zwei Richtungen: Einmal der seit Jahren immer zunehmenden Schere der Mieten nach der Mietenvermehrung im Glauben der Väter, und dann neuerdings — etwa zusammenfassend mit der Regierungsumbildung — die Frage der Preisgabe staatlicher Belange gegenüber der Kirche.

Nach ein Wort zum Schluß zum

Verhältnis von Reich und Ländern:

Ich bin mir der besonderen Aufgabe meines Ministeriums in dieser Hinsicht voll bewußt. Nach einem mag das Nebeneinander der Regierungen in manchem überflüssig — ja schädlich erscheinen. Die Möglichkeit von Reibungen und Hemmungen sei zugegeben. Rechtfertigt dies die Inanspruchnahme umstürzender Veränderungen lebendiger, geschichtlicher Grundlagen unseres Reichs? Und das nach dem erbrachten ungeheuren Kraftbeweis im Weltkrieg? Auch heute erblide ich in der Mannigfaltigkeit unserer staatlichen Verhältnisse eine uner schöpfliche Kraftquelle. Wenn wir es nur verstehen, nicht nur theoretisch die Synthese zu finden, sondern diese Ströme nationaler Eigenart und kulturellen Lebens zu gemeinsamer im besten Sinne produktiver freudiger Mitarbeit für die Gesamtheit ohne Erbitterung einzelner Teile zu freudiger Mitarbeit zu vereinen.

Den Anhängern des Einheitsstaates darf ich vielleicht einen geschichtlichen Vergleich unterbreiten: Vor wenigen Jahrzehnten war es von den Staatsrechtslehrern fast nur Anbacht, der unter meines Gedankens allerdingst begründeter Verurteilung auf Bismarck die Theorie der Souveränität der verbündeten Regierungen und damit auch der einzelnen Bundesstaaten ausreicht erhielt. Andere sprachen von der Teilung der Souveränität, die meisten lehnten eine Souveränität der Bundesstaaten ab. Heute stehen wir vor der Tatsache, daß die Regierung des größten Landes Anhängern des Einheitsstaates in diesem Hause doch recht nahe steht, bereits angeht irgendwelcher finanzieller oder sonstiger Initiative des Reiches leicht geneigt ist, einen Eingriff in die Souveränität des Landes zu erlauben, und dies geschieht auf die verschiedensten Parteien.

Hg. Soltmann (Dnt.) erklärt, daß der Haushalt des deutschen Kultusministeriums zu kummerlich ausgestattet sei. Herr von Reubell scheint sich durch eine allgütige Bescheidenheit aus. Sein Programm ist nicht tragend. Wir fordern von ihm und der Reichsregierung Stellungnahme zum Ablauf des Republikstages am 1. Juli. Die Republik muß dem ehemaligen Kaiser auch nach dem 1. Juli die Rückkehr unmöglich machen.

Hg. Dr. Rumm (Dnt.) betont, der Minister des Innern muß den Willen zur Macht haben. Nur so ist ruhige Fortentwicklung des Reichsgedankens und der Verfassung möglich. Den christlichen Millionen, die seit sechs Jahren unausgesetzt das Reichsschulgesetz fordern, wäre es unerträglich, würde der Reichstag bis November in die Ferien gehen, ohne das Schulgesetz in Angriff genommen zu haben.

Schließlich verlegt sich das Haus.

Okales.

Gedenktafel für den 19. März.

1813 * Der Afrikaforscher David Livingstone in Blantyre († 1873) — 1832 * Der ungar. Orientalist Hermann Vambéry in Sydenhelly († 1913) — 1841 * Der Architekt Georg v. Hauberrisser in Graz († 1922) — 1849 * Der Admiral Alfred v. Tirpitz in Rastatt — 1858 * Der Lustspielbühnen Paul v. Schönthan in Wien († 1913) — 1869 * Der Diplomat Philipp Alvens Fehr, Rumm v. Schwarzenstein in Frankfurt a. M. († 1924) — 1873 * Der Komponist Max Reger zu Brand i. d. Oberpfalz († 1916) — 1908 * Der Philosoph Eduard Heiler in Stuttgart (* 1814) — 1925 Schwere Wirbelsturmkatastrophe in Nordamerika.

* Wettervorhersage für Samstag, den 19. März: Anhalten der günstigen Witterung.

* Zeitfrage zur Förderung des Wohnungsbaues. Der Ausschuß für Siedlungs- und Wohnungswesen des vorläufigen Reichswirtschaftsrates stimmte mit großer Mehrheit Zeitfragen über die Förderung des Wohnungsbaues zu, wonach der Wohnungsbau mit allem Nachdruck zu fördern ist, weil er auch die Erwerbslosigkeit mildern würde. Der Abbau der Wohnungszwangswirtschaft kann nur schrittweise vorgenommen werden. Voraussetzung der Aushebung ist, daß der Bedarf an Wohnungen gedeckt ist. Die Mieten müssen

eine gute Flasche Wein auf dem Tische steht. Meine Tochter Ida, — Herr Cornelius Steinert aus Berlin, den mir Freund Soltan warm empfohlen hat,“ sagte er vorstellend.

„Ich habe schon die Ehre gehabt, mich selbst vorstellen zu dürfen; ich hatte das Vergnügen, das gnädige Fräulein bei dem Spaziergang durch den Wald zufällig zu treffen.“

„Nun, desto besser, dann haben Sie ja schon die Bekanntschaft angeknüpft; bei Tisch und nach dem Essen können Sie dieselbe fortsetzen, denn mein Mittagsschlafchen lasse ich mir nicht nehmen. Wer die Nacht so wenig schläft, braucht es notwendig. Wenn es Ihnen recht ist, Herr Steinert, wollen wir, während Ida dafür sorgt, daß wir etwas zu essen erhalten, hier im Garten auf und niedergehen. Wir können den kleinen Spaziergang gleich benutzen, um uns ein wenig über Ihre Geschäfte zu unterhalten.“

Es war Herrn Steinert recht. Sie promenierten im Garten auf und ab. Steinert erzählte von den Geschäften des Hauses W. Oldcott u. Co., Herr von Helwald, der ein großer Blumenfreund war, blieb dabei bald hier, bald da stehen, um auf den Beeten irgend etwas zu ordnen; bald band er eine Blume fester an den Stod, bald schnitt er eine verwelkte Blüte oder einen zu äppig treibenden Zweig ab. Bei dieser Gelegenheit trat er einmal mit dem rechten Fuß von dem Kiesweg auf das weiche Beet, auf dem der Fuß eine außerordentlich deutliche Spur zurückließ. Steinert beugte sich ebenfalls weit über das Beet vor, um eine prächtige Georgine, welche Herr von Helwald anband, anzusehen und zu bewundern.

Sie schritten weiter und bogen in einen Nebengang des Gartens ein; hier fanden sich einige weniger gepflegte Beete, als die neben dem Hauptgang, Herr von Helwald beschäftigte sich eben wieder, einen schönen weiß-blühenden Georginenstrauch von vielen verwelkten Blüten zu befreien, als Steinert plötzlich ausrief: „Ich habe mein kleines Taschmesser fallen lassen. Verzeihen Sie einen Augenblick, Herr von Helwald, ich bin gleich wieder zurück, es muß dort bei

in Wohnungen und Villen möglichst bald einander angelegten werden. Zu diesem Zweck sind in erster Linie die Mieten in den Neubauten möglichst niedrig zu halten. Die aus der Erhöhung der gesetzlichen Miete fließenden Geldbeiträge dürfen nur verwendet werden in erster Stelle zur Förderung des Wohnungsbaues, für den Hausbesitzer zur Deckung des erhöhten Zinsendienstes und der erhöhten Betriebskosten und für die den Gemeinden aus der Fürsorge für unbemittelte Mieter entstehenden Lasten. Privatkapital ist in möglichst großem Umfange heranzuziehen, und eine tarifgesetzliche Neuordnung der Hauszinssteuer möglichst bald vorzunehmen. Voraussetzung der Erzielung tragbarer Neubauten ist, daß alle Länder und Gemeinden den Neubauten auf zehn Jahre Steuerfreiheit gewähren.



Dr. Richard v. Rühlmann,

der ehemalige Staatssekretär des Reichs, der vor einigen Tagen in Berlin von einem Motorrad überfahren wurde und dabei schwer verunglückte, liegt noch immer in besorgniserregendem Zustande in der Klinik. Er hatte bei dem Unfall eine Schädelverletzung davongetragen. Die eingetretene Besserung war nur von kurzem Bestande.

Der Romburger Grund- und Hausbesitzerverein hielt am 16. März 1927 seine Generalversammlung ab.

Herr Hardt begrüßte die Erschienenen, wies einen Rückblick auf das abgelaufene Geschäftsjahr. Er beleuchtete die Lockerungen der Zwangswirtschaft, welche endlich nunmehr Platz gegriffen haben und verleiht der Hoffnung Ausdruck, daß die Regierung auf diesem Wege weiter schreiten möge. Er begrüßte es, daß der Minister den Versuchen ihm auf dem einmal beschrittenen Wege Hemmungen zu bereiten, mit Energie entgegengetreten ist. Ferner legte er dar, daß die schriftlichen Mietverträge nun wieder steuerpflichtig sind und gab die näheren Aufschlüsse hierüber. Weiter gab er einen Ueberblick über die Bemühungen des Vereins, die Rechte der Hausbesitzer den Behörden gegenüber zu wahren, und konnte gute Erfolge hiervon feststellen.

Die Rechnungsablage erfolgte nunmehr, die Revisoren berichteten, daß die Rechnung in Ordnung gehe. Die Genehmigung der Rechnung und die Entlassung des Vorstandes wurde durch die Verammlung ausgesprochen. Für das kommende Jahr wurden Revisoren und Stellvertreter gewählt. Die auscheidenden Vorstandsmitglieder Herren Hardt und Müller wurden wiedergewählt. Als Mitglieder des erweiterten Vorstandes wurden alsdann die Herren Bous, Maus neu und Herr Ellinger und Suchow wiedergewählt.

Es wurde nun über den Vorschlag des Vorstandes Mk. 500.— zur Sammlung aus Anlaß des Wdrufs des Herrn Dr. Baumschark beizutragen, verhandelt. Herr Hardt legte dar, daß der Vorstand nach eingehender und reiflicher Beratung der Versammlung empfehle, einen Betrag von Mk. 500.— zu bewilligen, denn es handle sich um Bestrebungen die nachhaltiger Beihilfe würdig seien, Dr. Wertheimer hat dem Beschlusse des Vorstandes

der prächtigen roten Georgine liegen. Beim Beugen über das Beet ist es mir jedenfalls aus der Tasche gefallen.“

Er eilte den Gang zurück, während Herr von Helwald seine Arbeit arglos fortsetzte.

Als Steinert die Stelle erreichte, auf welcher die Fußspur des Herrn von Helwald klar sichtbar war, klopfte ihm das Herz in gespannter Erwartung fast hörbar. — Er schaute sich vorsichtig ringsum. Von keiner Stelle her konnte er beobachtet werden, dann beugte er sich wieder zu der Fußspur, er verglich sie mit den beiden im Morast in der Döbelsche gemachten Ausschnitten und richtig, sie stimmte fast genau mit einem der beiden Ausschnitte. Wenn sie ein wenig kürzer war, nur um eine Weizenstähle etwa, so war doch die ganze Form des Fußes genau dieselbe.

Die Vergleichung war das Werk eines Augenblicks. Steinert richtete sich auf. „Ich habe gefunden, was ich suchte,“ rief er dem Herrn von Helwald zu, und gleich darauf war er wieder an dessen Seite und setzte so unbefangen plaudernd, wie vorher, mit ihm die Wanderung durch den Garten fort. Er erkundigte sich nach den Preisen der Güter in der Gegend und erzählte offen, daß das Haus W. Oldcott u. Co. hier große Landankaufe zu machen gedenke, um einen Druck auf die Richtung der anzulegenden Zweig-Eisenbahn ausüben zu können. Auch auf Bromberg reflektierte sein Haus, — erklärte Steinert, — er hoffe, über den Preis mit Herrn von Helwald schon einig zu werden, wenn dieser überhaupt zu einem Verkauf noch geneigt sei.

„Mehr wie je!“ rief Herr von Helwald aus vollem Herzen. „Ich wünsche nichts sehnlicher, als diese Gegend, in welcher ich die unglücklichsten Jahre meines Lebens verbracht habe, sobald als möglich verlassen zu können. — Nur der Besitz von Bromberg hält mich hier. Zahlen Sie mir einen irgend annehmbaren Preis, dann sollen Sie mich zu jeder vernünftigen Konzeption bereit finden.“

(Fortsetzung folgt.)

Belgizetolen. Somburgs Kurwesen sei nun einmal von so einschneidender Wichtigkeit für jeden Somburger, daß von seinem weiteren Abgange auch jeder Hausbesitzer betroffen werde. Viele und Häuserwerte hängen mit der Kur zusammen, wo es sich auch nicht um direkte Kurunternehmungen handle. Es sei daher im materiellen Interesse jedes Hausbesitzers gelegen, daß die Kur wieder gehoben werde, ganz abgesehen davon, daß die Liebe zur Vaterstadt jeden einzelnen veranlassen müßte, helfend eingzugreifen. Die Versammlung bewilligte die Mk. 500.— fast einstimmig.

Der Mitgliederbeitrag wird wie bisher auf 6.— M. festgesetzt.

Für die Geschäftsstelle des Vereins bei Herrn Struth wird die Anlegung eines Fernsprechers bewilligt. Ferner wurden durch Beschluß der Versammlung die Vereinsstatuten in § 5 und bezw. 6 dahin geändert, daß der engere Vorstand über Beiträge bis zu Mk. 150.— im Einzelfall verfügen kann, und daß die Frist zur Einberufung der Generalversammlung auf eine Woche herabgesetzt wird.

Hierauf wurde beschlossen, die Frankfurter Hausbesitzerzeitung in 10 Exemplaren zu beziehen und dieselbe den Vorstandsmitgliedern und den Besitzern zur Verfügung zu stellen, und bei den Mitgliedern auf Wunsch umlaufen zu lassen, sowie auch in der Geschäftsstelle offen zu legen.

Herr Ellinger brachte einige interessante Fälle zur Sprache. Herr Dr. Wertheimer berichtete über eine Reihe von Gerichtsentscheidungen betreffend Räumungsklagen wegen Zahlungsverzugs und wegen unzulässigen Verhaltens der Mieter, er konnte feststellen, daß bei längerem Zahlungsverzug Erbschaftsbesitzer vom Landgericht nicht mehr bewilligt wird.

Herr Struth beleuchtete die Möglichkeit zur Herabsetzung der Hauszinssteuer. Herrhardt wies auf die Möglichkeit hin, daß neben den 35 Proz. Werbungskosten wahrscheinlich auch noch gewisse Prozentsätze für die Abnutzung des Gebäudes in Abzug gebracht werden können.

Silberne Hochzeit. Die Eheleute Adam Grebe und Frau Elise, geb. Kähler, Köhlerstraße 8, feiern am Samstag, den 20. März das Fest der silbernen Hochzeit. Wir gratulieren herzlichst.

Bildspielhaus. Gesternabend rollte der packende historische Film „Unsere Emden“ im Bildspielhaus über die Leinwand. Das Schicksal der „Emden“ die während des Krieges den ganzen Erdball in Atem hielt, ist hier wieder erweckt und in ihrer Größe der Nachwelt bildlich erhalten worden. Die einzelnen Kapitel, die Zerstückung der Ostasien, der Großkampfschlachten, die der Welt Zeugnis geben von dem Geist und Heldentum, der unsere Marine beherrschte. Der weltberühmte erste Offizier-Kapitänleutnant Hellmuth von Mücke, sowie die anderen durch ihre Heldentaten bekannten Emden-Offiziere mit ihrer Schar tapferer blauen Jüngens erfüllen noch heute alle Herzen mit Stolz und Begeisterung. Das tragische Geschick der Emden hält die Nerven der Zuschauer bis zuletzt in fieberhafter Spannung. Jedes Bild steht unter dem gewaltigen Eindruck: „Es gilt Leben oder Tod.“ Echt deutscher Geist durchweht den ganzen Film und ist derselbe ein Ehrenmal für das ganze deutsche Volk. Der Besuch dieses schönen Films kann jedem Deutschen nur empfohlen werden.

Äbpern. Die Eheleute Bäckermeister Ludw. Sch. Schneider und Helene, geb. See feiern am 20. März das Fest der silbernen Hochzeit, wir gratulieren.

Eisenbahnunfall in Äbpern. Wie uns von einem Augenzeugen mitgeteilt wurde, ereignete sich gestern nachmittags 4 Uhr in Äbpern ein Eisenbahnunfall. Dem um 4 Uhr in Äbpern fälligen Güterzug Nr. 8888 kippte beim Rangieren, angeblich durch einseitiges Laden der leeren Wagen um und der vorletzte Wagen sprang aus dem Gleis. Beide Wagen wurden noch ein großes Stück geschleift und blieben dann mitten auf der Straße liegen. Die schnell herbeigeholte Hilfsmannschaft hob den herausgesprungenen Wagen wieder in das Gleis, auch der umgestürzte Wagen konnte nach vieler Mühe wieder hochgestellt und auf die Schienen gebracht werden. Der Verkehr war für ca. 4 Stunden unterbrochen, konnte aber durch Pendelverkehr aufrecht erhalten werden. Personen kamen glücklicherweise nicht zu Schaden. Kurz vor 8 Uhr rückte der Hilfszug wieder ab und der Verkehr nahm seinen gewöhnlichen Gang.

Dammrutsch auf der Strecke Somburg-Gleichen. Am Mittwochabend ungefähr 11 Uhr ereignete sich ein kleiner Dammrutsch in der Nähe der Stationen Langgöns und Großenlinden auf der Somburg-Gleichen Strecke. Letztere konnte zunächst nur eingeleistet mit bedeutend eingesetzter Geschwindigkeit befahren werden. Die dadurch hervorgerufene Verpaltung auf der Strecke Frankfurt-Gleichen war unvermeidlich. Die sofort begonnenen Wiederherstellungsarbeiten beseitigten den Schaden.

Oberurteil. (Brand eines Mannschaftswagens der Telegrafeneisenbahnen.) Gestern nachmittags brannte auf dem Bahngeleise ein Mannschaftswagen der dort z. St. beschäftigten Telegrafeneisenbahnen. Als der Wagen zu qualmen begann, verwunderten sich die Leute und gaben nicht weiter acht. Plötzlich schlugen die Flammen heraus und der Wagen brannte lichterloh. Im Moment war das Personal hilflos, es wurde dann durch Herbeiholen des „Minimar“ das Feuer zu löschen, was aber infolge schlechten Funktionierens des Apparates nicht gelang. Mit dem zur Verfügung stehenden Strahlschlauch wurde dann die Gefahr behoben.

Darmstadt. (Der hessische Finanzminister über die Reichshilfe für Hessen.) Der Finanzminister des hessischen Landtags betrat das Kapitel des Voranschlags betreffend die Zuschüsse aus den Reichszuschüssen früherer Jahre. Der Finanzminister kam auf die Reichszuschüsse zu sprechen. Er erklärte, er wisse nicht daran, daß die bisher

geleiteten Zuschüsse des Reiches in feste Zuschüsse verwandelt würden und führte folgendes aus: „Hessen hat nicht, wie vielfach verbreitet wird, irgendwelche Sonderforderungen hinsichtlich des Finanzausgleichs aufgestellt. Der Antrag, die Reichsregierung möge zur Schaffung von Notstandsarbeiten und Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im besetzten Gebiet Mittel für die Herstellung von Brücken und Straßenarbeiten bereitstellen, war nicht von der hessischen Regierung aus, sondern von dem Staatspräsidenten Ulrich in seiner Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter im Reichstag eingebracht. Die hessische Regierung erkennt allerdings die Berechtigung dieses Antrags an. Die einzige besondere Forderung, die Hessen seit langem an das Reich stellt, sei das Verlangen nach Ersatz des dem Lande durch die Besetzung eines großen Teiles seines Gebiets entstandenen Ausfalls an Steuern. Hier sei insbesondere der Ruhrkrieg von nachteiliger Auswirkung gewesen. Diese Forderung stütze sich bereits auf einen Beschluß des Reichstags vom August 1925.“

Darmstadt. (Ein Steuerborauszahlungsgesetz in Hessen.) Dem Landtag ist eine umfangreiche Regierungsvorlage zugegangen über den Entwurf eines Steuerborauszahlungsgesetzes für das Rechnungsjahr 1927. Das Gesetz ist notwendig geworden, weil die Erhebung der direkten Landessteuern für das Rechnungsjahr 1927 auf Grund der kurzzeitig dem Landtag vorliegenden Gesetzentwürfe über die Grundsteuer, Gewerbesteuer und Sondergebäudesteuer nicht rechtzeitig erfolgen kann.

Kassel. (Einführung des neuen Regierungspräsidenten.) In Anwesenheit der leitenden Beamten der Kasseler Regierung führte der Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau, Dr. Schwander, den neu ernannten Regierungspräsidenten Dr. Friedensburg in sein Amt ein. Der Oberpräsident hieß Dr. Friedensburg mit herzlichsten Worten willkommen und richtete an ihn eindringliche Worte über die Stellung der Beamten im Staate. Dabei führte er aus, daß die Republik heute in sich stark gefestigt sei und es jetzt gelte, auch ihren inneren Ausbau zu vollenden. In seiner Erwiderung dankte Dr. Friedensburg für das Vertrauen, das ihm entgegengebracht werde, und gab der Hoffnung auf ein erfolgreiches Arbeiten Ausdruck. Der ebenfalls an Stelle des scheidenden Regierungspräsidenten Dr. Lehmann neu ernannte Vizepräsident Dr. Gehre aus Oppeln wird sein neues Amt am 1. Mai antreten.

Böhlagen. (Großer Mühlenbrand.) Abends brannte das erst vor wenigen Jahren mit einer neuen Mühlenanlage versehene Mühlengebäude des Besitzers Ludwig Rehnwald mit allen umfangreichen Nebengebäuden, Stallungen usw. vollkommen nieder. Als das Feuer bemerkt wurde, stand schon der Dachstuhl in hellen Flammen. Die mächtige Feuerfäule war weithin sichtbar. Reiche Erntevorräte sowie große Mengen Weizen sind den Flammen zum Opfer gefallen. Durch die herbeieilenden Nachbarn konnte wenigstens der gesamte Viehbestand, sowie ein Teil des Mobiliars gerettet werden. Trotzdem ist sehr großer Schaden entstanden, der nur teilweise durch Versicherung gedeckt sein soll. Die Feuerwehr mußte sich auf den Schutz des Nachbargebietes beschränken. Die großen Futtervorräte haben die Ausbreitung des Feuers so begünstigt, daß in nahezu drei Stunden das ganze Geschäft bis auf kleine Reste verbrannt war.

Alsbach. (An der Kreissäge tödlich verunglückt.) In Friedrichstal kam ein Mann an einer Kreissäge auf eigenartige Weise zu Tode. Während der Arbeit flog ihm ein schweres Stück Holz mit solcher Wucht gegen den Kopf, daß schwere Schädel- und Gesichtsverletzungen entstanden, die den sofortigen Tod herbeiführten.

Wiesbaden. (Tödlicher Bauunfall.) Auf einer Baustelle an der Rüderstraße ereignete sich ein folgenschwerer Unfall. Der 63 Jahre alte Zimmermann Chr. Pfanzler wurde von einem Balken, der aus dem dritten Stockwerk herabstürzte, am Kopf getroffen und erlitt eine schwere Gehirnerschütterung, an deren Folgen er gestorben ist.

Wiesbaden. (Heinrichstraße Wiesbaden-Niederlahnstein.) Erkundigungen bei der hiesigen Regierung haben ergeben, daß diese, sowie die nassauische Landesverwaltung mit der Ausarbeitung des Generalobjektes dieser volkswirtschaftlich so wichtigen Frage bereits soweit vorgeschritten sind, daß der Plan in aller Kürze den Zentralstellen in Berlin als Unterlagen für die Verwirklichung vorgelegt werden kann.

Aus dem Rheingau. (25 verseuchte Weinbergspartellen zwangsweise vernichtet.) Im Distrikt Heide in der Gemarkung Gallgarten wurde mit der Radikalvernichtung der reblausverseuchten Weinberge der Anfang gemacht. Zwischenfälle traten nicht ein. Ein Angebot von acht Banbhägern war vorläufig ausbleiben, um etwaige Weinbergbesitzer, die sich der Vernichtung widersetzen würden, zur Ordnung zu bringen. 25 Weinbergspartellen werden so vernichtet werden. Nächste Woche wird mit den Vernichtungsarbeiten in der Gemarkung Heide begonnen.

Aus aller Welt.

Der letzte Sohn des Reichswehrministers gestorben. In der Nacht starb in Augsburg an den Folgen einer schweren Grippeerkrankung der jüngste Sohn des Reichswehrministers Dr. Gehler, der damit seinen letzten Sohn verloren hat. Der Älteste der beiden Söhne erlag bereits im Jahre 1924 einem Herzschlag. Die Beisetzung des Verstorbenen wird in Altdorf (Allgäu) erfolgen.

Wieder ein mißglücktes Eisenbahnunfall. Bei Oßach hat ein noch nicht ermittelter Täter eine schwere eiserne Kugel auf das Gleis der Bahnstrecke Leipzig-Dresden gelegt. Das Hindernis wurde von einem Güterzug erfasst und weggeschoben, ohne daß der Zug Schaden erlitt.

Verhinderter Eisenbahnunfall. Gegen die Teutoburger-Wald-Eisenbahn wurde ein Anschlag verübt, der glücklicherweise keine Folgen hatte. Es waren mehrere 40 bis 50 Pfund schwere Steine auf die Schienen gelegt worden, die jedoch von einer Maschine beiseite geschleudert wurden. Ein späterer Personenzug stieß wiederum auf die neuerdings hingeleigten Steine.

Doppelmord und Selbstmord. Die „Emden Zeitung“ aus Beer (Ostfriesland) berichtet, erschof der Schupo-Beamte Seifert aus Mülheim eine 25jährige ledige Bäckerin und ihr gemeinsames halbjähriges Kind. Hierauf erschof sich Seifert selbst. Seifert war verheiratet, lebte aber mit seiner Frau in Unfrieden und unterhielt seit Jahren Beziehungen zu dem Mädchen.

Unregelmäßigkeiten an der Charlottenburger Technischen Hochschule. Mehrere Blätter wissen von Unregelmäßigkeiten bei der Studentenchaft der Technischen Hochschule in Charlottenburg zu berichten. Von einem noch nicht ermittelten Studenten sollen von dem Rektorat der Studentenchaft aus-

gestellte Quantitäten gestohlen und bei der bevorstehenden Wahl präsentiert worden sein. In der Angelegenheit ist ein Disziplinungsverfahren eingeleitet und eine genaue Rassenkontrolle angeordnet worden.

Der Konkurs über das Vermögen der Herzogin von Schleswig-Holstein aufgehoben. Laut „Rheinischer Anzeiger“ ist der über das Vermögen der Herzogin Maria Dorothea von Schleswig-Holstein eröffnete Konkurs aufgehoben worden.

15 000 Mark Lohngelder geräumt. Aus dem Büro der Firma Habermann, Gude & Siebold in Fürstberg a. d. Oder tauchten Eindrücke 15 000 Mark Lohngelder.

Letzte Nachrichten.

Der König von Dänemark bei Pinneburg.

Berlin, 17. März. Der König von Dänemark hat heute vormittag kurz vor 12 Uhr dem Reichspräsidenten einen Besuch ab. Im Ehrenhof des Präsidienpalais erwies eine Abteilung Reichsmehr die militärische Ehrenbezeugung. Der Reichspräsident empfing den König am Eingang und geleitete ihn in das Botenstübchen, wo die beiden Staatsoberhäupter eine längere Unterredung hatten. Gegen 1 Uhr stattete der Reichspräsident in der dänischen Gesandtschaft dem König einen Gegenbesuch ab. Im Anschluß hieran fand in der dänischen Gesandtschaft ein Frühstück statt, an dem der Reichspräsident teilnahm. Zu diesem Frühstück waren u. a. geladen: Reichskanzler Dr. Marx und Reichsaußenminister Dr. Stresemann.

Aus dem Preussischen Sanität.

Berlin, 17. März. In der heutigen Sitzung fanden beim Landwirtschaftsamt Annahme gegen Sozialdemokraten und Kommunisten Ausnahmestrichen, die auf keinen Fall eine weitere Verlängerung des Zollprovisoriums über den 1. April 1927 hinaus und im Gegenteil eine Zollsenkung für Mehl und Zucker wünschten. Gegen die Senkung wurden weitere Ausnahmestrichen angenommen, die verlangen, daß das polnische eingeführte Getreidefleisch nur minderwertigen Volksfleisch zur Verfügung gestellt und daß nach dieser Regelung das Ausfuhrquantum auf 100 000 Tonnen jährlich ermäßigt wird. Die Zollsenkung für ausländisches Obst und Gemüse sollen nach einem weiteren gegen Sozialdemokraten und Kommunisten angenommenen Antrag so erhöht werden, daß eine den deutschen Obst- und Gemüsebau schädigende Ausfuhr ausgeschlossen wird.

Ein Selbstmord der Junker-Werke.

Deffau, 17. März. Der bekannte Flieger der Junker-Werke, Pilot Schnebele, stieg am Mittwoch um 4 Uhr mit der Junker-Maschine „W. 33“ auf und ließ unversehens um 16 45 Stunden in der Luft. Er sollte mit einer Maschine von 100 Hg. einen Weltrekord auf.

Um den Landgerichtsdirektor Jürgens.

Besprechung im Justizministerium.

Nach dem freisprechenden Urteil hat sich Landgerichtsdirektor Jürgens mit seiner Frau in ein Sanatorium in der Nähe der Reichshauptstadt begeben, und steht seiner Rehabilitierung entgegen, die auch schon im Urteil ausgesprochen war.

Jürgens ist jetzt im Justizministerium empfangen worden, wo eine Aussprache über sein weiteres Schicksal erfolgen soll. Der Oberstaatsanwalt Jordan hat die Aufforderung erhalten, in der Angelegenheit Jürgens keine weiteren Schritte mehr zu unternehmen.

In der Justizverwaltung scheint man der Ansicht zu sein, daß Landgerichtsdirektor Jürgens nicht wieder auf seine Richterposten zurückkehren wird. Es soll die Absicht bestehen, ihm einen anderen Posten anzubieten, der sowohl seiner bisherigen Beamtenstellung als auch seinem Einkommen als Landgerichtsdirektor voll entspricht, ihn aber vor Angriffen nach Möglichkeit schützt. Eine Rückkehr in die Beamtenlaufbahn wäre nur möglich, wenn die Entscheidung, die Jürgens bereits vor einem Jahre eingereicht hat, Laifache geworden ist.

Ueber die Entschädigungsansprüche des Landgerichtsdirektors ist eine endgültige Entscheidung noch nicht gefallen, doch spricht man von einem Betrag von etwa 25 000 Mark.

Gerißliches.

Hoch Geldstrafen für Schmuggler. Fünf Schmuggler, die größere Mengen Alkohol aus dem Saargebiet nach Mainz geschmuggelt hatten, wurden vom Schöffengericht in Lohr mit zusammen 72 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Zwei der Schmuggler stammen aus dem Saargebiet. Gegen zwei Angeklagte, die nicht zur Verhandlung erschienen waren, wurde vom Gericht Haftbefehl erlassen.

Zuchthaus für einen Betrugschwindler. Wegen mehrerer Betrugschwindereien wurde der bereits vorbestrafte Koch Gustav Winter von dem Schöffengericht in Jülich zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus und 100 Rm. Geldstrafe verurteilt.

Urteil im Disziplinarverfahren gegen Kölling und Hoffmann. Wie der Amtsliche Preussische Pressedienst meldet, hat in dem Disziplinarverfahren gegen Landgerichtsdirektor Kölling a. Magdeburg und Landgerichtsdirektor Hoffmann der Disziplinarferrat in Naumburg nach mehrwöchiger Verhandlung gegen Kölling auf einen Verweis erkannt und gegen Hoffmann auf Beförderung in ein anderes Richteramt vom gleichen Range sowie eine Geldstrafe von 300 Rm. Die Amtsversetzung gegen Hoffmann ist einstweilen ausgesetzt worden.

Rundfunk.

Samstag, 19. März. 6.45: Dr. Laven: Gym. Übungen. 15.55: Neuerer Zeitzeichen. 3.30—4.00: Jugendlunde. 4.05: Nachrichtendienst. 4.30—5.45: Konzert des Sausorchester: Neue Schlagermusik. 5.45—6.05: Die Lesestunde (für die reifere Jugend): Das Wirtshaus im Specksalz. 6.15—6.45: Der Briefkasten. 6.45—7.15: Stenographischer Fortbildungskursus für Anfänger und Fortgeschrittene. 7.15—7.45: Sng. Rich. Horn Fortschritt der Technik und Erfinderschau. 7.45—8.15: Direktor S. Lafrenz: Das Buch als Bildungsmittel. 8.12: Welterdienst. 8.15—9.15: Uebertragung von Kassel. 9.15: Nachrichtendienst. 9.15—10.15: Kammermusik-Konzert. 10.30—12.30: Uebertragung von Berlin.



Alleinverkauf
Schuhhaus
Josef Kern
Nachf. 618

Beachten Sie bitte die
Schaufenster.

**Herren-
u. Damen-
Schuhwaren**
für die
Strasse
8,75
10,75
12,75

Preiswerte 486

Seidenhüte
stets Eingang letzter
Neuheiten

Putz- und Modehaus
HELENE NIETER
Luisenstraße 13 • Marktläuben

**Gemüse-, Blumen-, Feld- und
Grasamenhandlung**

August Bergel Nachfolger
Inhaber: M. Kahn

Alles und größtes Spezialgeschäft für
Bad Homburg und Umgegend

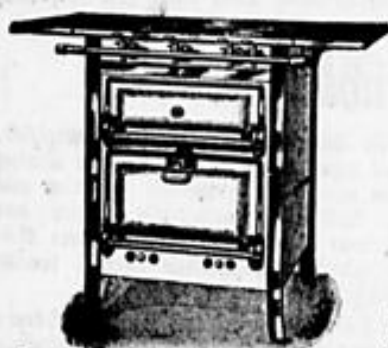
Wallstraße 4 Telefon 437

Spezialität in 656

Prima Runkelrüben-

Extendorfer Riesenwalze

Alle Sorten Kleeamen, sowie Steckzwiebeln
in nur feinfähiger Ware.



Gas-u. Kohlenherde
Dauerbrandöfen,
Ofenschirme,
Kohlenkasten,
Kohlenfüller,
Kehrrichter,
Grosse Auswahl!
Billige Preise!

MARTIN REINACH, Eisenhandlg.
Telefon: 932 Bad Homburg, Luisenstraße 25

Bestellchein.

Hiermit bestelle ich die

Homburger

Neueste Nachrichten

zum Preise von Mk. 1.75 pro Monat frei Haus
pro Monat April 1927.

Name:

Wohnung:

Sie sparen Geld

bringen Sie
Ihre sämtl.
Schuhe zu

uns. Wir garantieren für la Kernleder
Prinzip: streng reell und billig
Schuhinstandsetzungs-Haus Harras
652) Nur Schulstraße 11, neben Stadt Cassel.

Thüringer

Wurst- und Fleischwarenhaus

Audensstr. 5. Inh. M. Kross Tel. 289

Heute Freitag und Samstag

la Kalbfleisch a Pfd. Mk. 1.30

la Roastbeef a " " 1.40

la Lenden a " " 1.60

la Schweinekoteletts a Pfd. Mk. 1.50

653 sowie alle Thüringer Wurstarten.

Gv. Volksvereinigung

Zu der am Samstag, den 19. ds. Mts. abends 9
Uhr im Restaurant „Frankfurter Hof“ (Mitglied F. W.
Ulrich) stattfindenden 634

Jahres-Hauptversammlung.

laden wir unsere Mitglieder hiermit höflich ein.

Tagesordnung.

1. Jahresbericht
2. Kassenbericht
3. Neuwahl der statutengemäß ausscheidenden Vor-
standsmitglieder
4. Neuregelung der Mitgliederbeiträge
5. Verschiedenes.

Sollte die Versammlung nicht beschlußfähig sein, so
findet um 10. Uhr eine zweite Versammlung statt, die
dann beschlußfähig ist.

Der Vorstand.

Damenhüte

elegante und preiswerte
Neuheiten in Seide u. Filz

sowie:

**Herren- und
Konfirmanden-
Hüte**

in reicher Auswahl

finden Sie im

Huthaus Albin Wetterich

654) Bad Homburg / Wallstraße 14



Allgemeines Krankenhaus.

Die Lieferung des Fleisches und der Brotwaren
für das Rechnungsjahr 1927-1928 ist zu vergeben. Be-
dingungen im Geschäftszimmer der Anstalt. Angebote
schriftlich und verschlossen bis zum 21. März 1927.

Die Küchenabfälle werden am Dienstag, den 22.
März 1927, vorm. 10 Uhr im Geschäftszimmer der
Anstalt meistbietend versteigert. 644

Düngemittel

600

Gartengeräte

Denken Sie dran,

daß Sameneinkauf Vertrauenssache ist!

Alle Gemüse-, Blumen- und landwirtschaftliche
Saaten erhalten Sie in sortenreicher, hochkeimfähiger
Qualität nur im größten Spezialgeschäft Homburgs.

Samenhaus Bernhardt

Inh.: Fritz Bernhardt.

Luisenstraße 20 :: :: Telefon 952

Preisliste gratis.

Torfmüll Schädlingsbekämpfungsmittel.

Bogelsberger

Handbutter

Trinkeler

Wildn. Geflügel

stets frisch vorrätig

W. Feld, Tel. 58

Marktläuben

Union-Brikett

Kohlen, Koks u. Holz

Groß- u. Kleinverkauf

Rudolf Auener

Lager: Neue Mauerstr. 13

Telefon 568

Wohnung: Schöne Aus-
sicht 28. 460

Empfehle

täglich frisch

la Kopfsalat

Blumenkohl,

frische Tomaten,

neue

Maltakartoffeln,

la Sauerkraut

und Salzgurken

sowie:

alle Sorten

Gemüse.

Ferd. Lipp

Böwengasse 3

Tel. 1109

Albert Koch

Bad Homburg v. d. H.

Hinter den Rahmen 31

Fabrikation sämtlicher

Besen-, Bürsten- u. Pinsel-

waren für den Haushalt u.

Industrie.

Reparaturen in Bohner

217 werden sorgfältig

ausgeführt

Achtung! Achtung!



**Wo kaufe ich
am billigsten**

nur im Töpferweg 1

Prima junges fettes

Pferdefleisch per Pfd. 30 Pfg.

Prima junges fettes

Pferdefleisch ohne Fettage

per Pfd. 40 Pfg.

Prima Hackfleisch

per Pfd. 40 Pfg.

Prima Roastbeef

per Pfd. 50 Pfg.

Prima Lende im Auschn.

per Pfd. 60 Pfg.

Prima Serrahawurst

per Pfd. 90 Pfg. (646

Prima Mettwurst

per Pfd. 80 Pfg.

Prima Preßkopf

per Pfd. 80 Pfg.

Prima Würstchen

Stück 10 Pfg.

Fett per Pfd. 60 Pfg.

Die Würstwaren sind mit

dem besten Schweinefleisch

verarbeitet.

Eckhardt Hardt

Pferdeschlächtere

nur Töpferweg 1.

Schulranzen

la Rindleder, Hand-

arbeit zu den billigsten

Preisen.

Ph. Störkel

655 Wallstraße 22

Inserieren bringt

Gewinn!

Stiergehenk

für Konfirmation und Kommunion

Tongers Spruchsammlung „Lebensfreude“

Bd. 1 **Lebensfreude.** Dies Buch will verbannen

die Sorg und das Leid.

Bd. 2 **Wollen und Wirken.** Laufet, Brüder,

eure Bahn, freudig wie ein Held zum Siegen!

Bd. 3 **Unser Leben.** Selles Leben aus Kinder-

mund — der goldenen Jugend Freundschafts-

bund, — der ersten Liebe Seligkeit, des

Mannes Wirken im Sturm der Zeit, — des

Allers verklärenden Abendseins zeigt dir

dieses Büchlein — schau nur hinein!

Bd. 4 **Musik.** Die Tonkunst ist für alle vorhanden.

Bd. 5 **Schiller, mein Begleiter.** Er möchte als

ein lieber Freund, — ganz in dein Herz hinein

Bd. 6 **Dieb' Vaterland.** Den Stolz des Vater-

landes zu mehrern, — sei dieses Büchleins

heil'ges Ziel!

Bd. 7 **Aus der Jugendzeit.** Träume von Glück

und Wonne, wenn es Herbst im Herzen wird.

Bd. 8 **Halt! Gleich mir, mein Freund.** Bestimme

dich für wen!

Band 1-8 in Ganzleinen je Mk. 2.20

Band 1-3 in einem Band, Ganzleinen Mk. 5.—

Zu beziehen durch jede Buch- und Musikalienhdlg.

Verlag von

P. J. Tonger, Köln a. Rh.

Am Hof 30-36

(648

Verantwortlich für den politischen, Handels- und so-
zialen Teil: Kurt Abbe, für Inserate: Christof Viden-
scheid beide in Homburg.